

Dauerdiktatur in Togo

Am 05.11.2021 veranstaltete Afrique-Europe-Interact zusammen mit der Togoischen Diaspora in Deutschland (DTA) eine öffentliche Kundgebung vor dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Bonn. Kossi Djobokou aus Togo nahm ebenfalls an der Kundgebung teil.

In Togo besteht die Diktatur schon so lange, dass die Menschen müde sind, sich damit auseinanderzusetzen. Gleichzeitig grassiert Angst. Denn die Machthaber sind überall. Und sobald etwas kritisches geäußert wird, kommt es zu Einschüchterungen und Festnahmen, sogar Mord. Als ich angefangen habe, in der Oppositionspartei PNP aktiv zu werden, musste ich aus Togo fliehen. Erst vor kurzem wurde ein Togoer, Jean Paul Oumoulou, der in der Schweiz lebt, bei einem Besuch in Togo festgenommen. Aber nicht durch einen Haftbefehl, sondern einfach, indem die Polizei ihn mitgenommen hat – das ist Kidnapping! Solche Vorkommnisse verstärken auch die Angst in der togoischen Diaspora. In Deutschland herrscht Demokratie, das ist etwas, was wir uns auch für Togo wünschen. Ich kann hier das machen, was meine Leute zu Hause nicht machen können – meine Stimme erheben. Für mich ist es sehr wichtig, sich für mein Land zu engagieren, denn wer sonst würde es für mich tun? In Deutschland habe ich mich der Diasporagruppe „Reveillons-Nous“ angeschlossen, die sich gegen die Diktatur und für die politischen Gefangenen in Togo einsetzt. Deutschland trägt dazu bei, dass es in Togo keine Meinungsfreiheit und keine Versammlungsfreiheit gibt. Wir alle wissen, wie abhängig Togo von Europa ist. Deutschland als westliches, demokratisches Land sollte sich dieser Macht bewusst sein und entsprechend handeln. Es sollten keine Handelsverträge oder Partnerschaften mehr unterzeichnet werden. Wichtiger sind klare Maßnahmen gegen Menschenrechtsverletzungen und gegen die Diktatur. Es gibt viele Falschinformationen, vor allem in den sozialen Medien. Wir brauchen deshalb neutrale Journalist:innen, die in Togo sind und die die Wahrheit über die dortige Situation berichten, auch in Europa. Denn ohne Information kann der Widerstand nicht vorankommen. ←

Afrique-Europe-Interact arbeitet fast ausschließlich ehrenamtlich. Der größte Teil unserer Spenden fließt in die Aktivitäten unserer Mitstreiter:innen in Mali, Niger, Tunesien, Guinea, Togo, Marokko und der DR Kongo. Unser Spenden-Motto lautet: Umverteilung praktisch angehen! →
Seite 4



Bäume spielen in der Landwirtschaft im Sahel eine große Rolle (vgl. unten stehenden Artikel). Das Bild stammt aus Sanamadougou im Office du Niger (Mali), 2011 [Foto: Philippe Revelli]

Gerechtigkeitsgau in Glasgow

UN-Klimagipfel verzögert einmal mehr finanzielle Unterstützung für globalen Süden

Vieles spricht dafür, dass sich – im Vergleich zu 2010 – die weltweiten CO2-Emissionen bis 2030 um 13 Prozent erhöhen werden. Und das, obwohl eine Reduzierung um 45 Prozent nötig wäre, um die 2015 beim Weltklimagipfel in Paris vereinbarte Beschränkung der Erderhitzung auf 1,5 Grad tatsächlich erreichen zu können. Umso wichtiger ist es, dass beim jüngsten Weltklimagipfel in Glasgow diverse Beschlüsse gefällt wurden, die die Tür zum 1,5 Grad-Pfad zumindest einen Spalt breit offen halten. Gleichwohl wäre es irreführend, Glasgow als Erfolg zu präsentieren. Einmal mehr zeigte sich, dass die Interessen des globalen Südens wenig Gewicht haben – trotz der allgemein anerkannten Tatsache, wonach die arme Hälfte der Weltbevölkerung zwar am stärksten von der Klimakrise betroffen ist, gleichzeitig aber deutlich unter dem kritischen Schwellenwert von 2 Tonnen CO2-Verbrauch pro Person und Jahr bleibt.

An keiner Stelle ist die Missachtung des globalen Südens sichtbarer geworden als beim Umgang mit dem Themenkomplex Schäden und Verluste ("loss and damage"). Hiermit sind in der internationalen Klimadiplomatie Ausgleichszahlungen im Falle klimawandelbedingter Katastrophen gemeint. Die Problematik spitzt sich schon seit den späten 1960er Jahren zu. Im Rahmen von Afrique-Europe-Interact erleben wir das vor allem am Beispiel der Sahelländer: 2019 zeigten wir auf Seite 1 dieser Zeitung ein Bild des durch Starkregens überschwemmten Dorfes Marka Bassi in Mali. Die meisten Bewohner:innen hatten große Teile ihres Hab und Gut verloren, ohne dass sie irgendwelche Kompensationszahlungen erhalten hätten – außer einer geringfügigen Unterstützung durch Afrique-Europe-Interact, letztere jedoch nur für Mitglieder der bäuerlichen Basis-

gewerkschaft COPON, mit der wir seit 2014 eng zusammenarbeiten (⇒ Interview S. 4). Hinzu kommt eine Verringerung der Ernteerträge (weil der Regen unregelmäßiger wird und die Böden ausgelaugter sind), ein Schwinden des Fischeaufkommens (weil Flüsse weniger Wasser führen und Laichplätze verloren gehen) sowie ein Rückgang der Milch- und Fleischmenge bei Rindern (weil es zu wenig Futter und Wasser gibt und die Durchschnittstemperaturen steigen). Jenseits der materiellen Verluste bedeuten diese Entwicklungen auch Hunger und Unterernährung – ein körperlich und seelisch äußerst quälender Zustand, der in der europäischen Öffentlichkeit seit Jahrzehnten überwiegend achselzuckend zur Kenntnis genommen wird. Angesichts dieser Ausgangslage schien es folgerichtig, dass während der zweiwöchigen Klimaverhandlungen in Glasgow die Einrichtung eines Fonds für Schäden und Verluste intensiv diskutiert wurde. Doch am Ende blieb Ernüchterung: Die USA, die EU und Großbritannien zogen nicht mit, die Frage des Fonds wurde vertagt. Mit der Konsequenz, dass in den kommenden Jahren mehrere hundert Millionen Menschen im globalen Süden, die bereits heute von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind, nur einen Bruchteil der Geldmittel erhalten, die für die 42.000 Geschädigten der Überschwemmungskatastrophe im Ahrtal (Rheinland-Pfalz) völlig zu Recht bereitgestellt wurden.

Um diese krasse Gerechtigkeitslücke zu begreifen, reicht es nicht, von der Arroganz der Mächtigen zu sprechen oder moralisch aufgeladene Schlagworte wie

"Skandal" oder "Versagen" zu verwenden. Denn im Kern geht es um Rassismus: Für beträchtliche Teile der europäischen Gesellschaften spielen die Lebensumstände der Menschen im globalen Süden schlicht keine Rolle. Eine Haltung, die tief in der Geschichte von Sklaverei und Kolonialismus verwurzelt ist und die das Nord-Süd-Verhältnis bis heute maßgeblich prägt – auch im Migrationsbereich. Beispielsweise wenn es die EU bereitwillig hinnimmt, dass die von ihr finanzierte und ausgebildete libysche Küstenwache Migrant:innen in Booten stoppt und nach Libyen zurückbringt, wo viele in Lagern landen, die ein vertraulicher Bericht der deutschen Botschaft in Niger bereits 2017 als "KZ-ähnlich" bezeichnete (⇒ Diskussion S. 2). Dies zeigt: Europa muss sich endlich seiner historischen Verantwortung stellen, unter anderem was seine maßgebliche

Breites Maßnahmenbündel nötig, wenn es um Fragen von Klimagerechtigkeit geht

Rolle bei der Entstehung der Klimakrise betrifft. Und das umfasst nicht nur Kompensationen für milliarden schwere Schäden und Verluste. Es geht auch um Anpassung, also darum, sich auf die veränderten Rahmenbedingungen einzustellen und sämtliche Gesellschaften Richtung Klimaneutralität zu transformieren. Schätzungen des UN-Umweltprogramms gehen davon aus, dass ab 2030 die nötigen Anpassungen im globalen Süden mindestens 300 Milliarden US-Dollar jährlich kosten werden.

In den Sahelländern betrifft Anpassung insbesondere die Landwirtschaft, wo weiterhin rund 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung tätig sind. Gerade im landwirtschaftlichen Bereich gibt es diverse Methoden

aus dem agrarökologischen Spektrum, um die Bodenfruchtbarkeit wieder zu erhöhen oder Regenwasser zu speichern. Insbesondere Aufforstungsprogramme spielen eine wichtige Rolle, um die immer stärker werdende Wüstenbildung einzudämmen. Denn Bäume sind Alleskönner. Sie geben nicht nur Nahrung, Futter, Holz und Medizin, sie spenden auch Schatten und kühlen die Oberflächen. Sie führen dem Boden mittels Wurzeln und Blättern Nährstoffe zu, zudem festigen sie den Untergrund und speichern Wasser. Aus guten Gründen ist Aufforstung mittlerweile in aller Munde, vor allem das von der Afrikanischen Union koordinierte Projekt der grünen Mauer, die als 15 Kilometer breiter Baum- und Buschstreifen quer über den Kontinent verlaufen und eine Art Sperrriegel gegen das Vorrücken der Wüste bilden soll. Derartige Initiativen sind indessen nicht neu, vielmehr kennt die Bevölkerung auf dem afrikanischen Kontinent die Kraft der Bäume schon lange – auch in spiritueller Hinsicht (⇒ S. 3). Am bekanntesten dürfte die kenianische Friedensnobelpreisträgerin Wangari Muta Maathai sein, die 1977 eine panafrikanische Bewegung zur Aufforstung gründete. Im Sahel hat sich insbesondere Thomas Sankara hervorgetan, der legendäre, 1987 ermordete Präsident von Burkina Faso. Kurz nach seinem Amtsantritt 1983 verkündete Sankara, dass jedes Dorf ein eigenes Wäldchen haben sollte. In gerade einmal 15 Monaten wurden in Burkina Faso 10 Millionen Bäume gepflanzt. Bereits diese wenigen Beispiele zeigen, dass ein breites und lokal ausdifferenziertes Maßnahmenbündel zur Debatte steht, wenn es um Fragen von Klimagerechtigkeit geht – von der Schadensbeseitigung über die Anpassung bis hin zum Recht auf Bewegungsfreiheit für diejenigen, die in einer vom Klimawandel betroffenen Region nicht mehr bleiben können oder wollen. ←



Aktionstag von Afrique-Europe-Interact gegen den Valletta-Prozess, Demo in Berlin, Juni 2016 [Foto: Marc Menningmann]

"Das ist ein Mythos der Europäer:innen"

Weshalb zirkuläre Migration eine realitätstaugliche Alternative zur EU-Grenzabschottung darstellt

Seit seiner Gründung ist Afrique-Europe-Interact auf unterschiedliche Weise entlang der Migrationsrouten aktiv. In diesem Sinne haben wir uns Anfang Dezember mit vier unserer Mitstreiter:innen zu einem (technisch mehr oder weniger gut funktionierenden) Live-Gespräch via Whatsapp getroffen. Ziel war es, einige der grundlegenden Fragestellungen rund um das Thema Migration zu diskutieren. Beteiligt waren Chehou Azizou, der in Agadez (Niger) als Koordinator des Alarmphone Sahara tätig ist, einem Unterstützungsprojekt für Migrant:innen, die die Wüste durchqueren; Laouel Taher, der zu den Streckenbeobachter:innen des Alarmphone Sahara gehört und in Bilma lebt, einer Kleinstadt mit 4.500 Einwohner:innen mitten in der nigrischen Wüste; Christie Niamien aus der Elfenbeinküste, die in der marokkanischen Hauptstadt Rabat im Baobab arbeitet, einem Rasthaus für geflüchtete Frauen und ihre Kinder; und Riadh Ben Ammar, der vor 20 Jahren von Tunesien nach Deutschland gekommen ist und heute als Theaterkünstler (-> Infobox S. 4) und Mitglied der Initiative Sans VISA zwischen Deutschland und Tunesien pendelt.

Wenn ihr auf euer Engagement im Bereich Migration zurückblickt, was waren die markantesten Entwicklungen in den vergangenen Jahren?

CHRISTIE: Mich umtreibt die extrem verschlechterte Gesamtsituation für Migrant:innen in Marokko. Die Menschen sind noch isolierter als früher, nicht zuletzt durch Corona. Die Überfahrt nach Europa ist nahezu unmöglich geworden, auch die Bedingungen für den Erhalt einer Aufenthaltserlaubnis haben sich deutlich verschärft, und es gibt immer mehr Razzien durch die Polizei. Viele Migrant:innen sind gezwungen, sich dauerhaft zu verstecken, die Stadt ist zu einer Wüste geworden. Besonders schrecklich war für mich der Tod von einigen Frauen mit ihren Kindern, die ich im Rasthaus persönlich kennengelernt hatte. Sie sind auf dem Weg zu den Kanarischen Inseln ums Leben gekommen. All dies und der Wunsch, neue Ziele zu verfolgen, hat mich dazu gebracht, demnächst in meine Heimatland zurückzukehren.

AZIZ: Mich beschäftigen vor allem die Massenabschiebungen aus Tunesien, Marokko und Algerien ins Niemandsland an der algerisch-nigrischen Grenze. Denn praktisch bedeutet das, dass Migrant:innen mitten in der Sahara ausgesetzt werden. Zudem hat Corona tausende Migrant:innen blockiert, ähnlich wie in Marokko. Viele von ihnen sind in Agadez gestrandet.

TAHER: Die EU-Abschottungspolitik hat die Fahrten durch die Wüste gefährlicher gemacht. Erst jüngst haben wir Menschen angetroffen, die mit ihren Fahrzeugen verunglückt waren und die wir ins Krankenhaus nach Bilma gebracht haben. Auch

konnten wir 33 Migrant:innen retten, deren Auto liegen geblieben war. Wir wurden von der gesamten Gemeinde Bilma für unsere Arbeit bejubelt, selbst auf nationaler Ebene erlangten wir eine gewisse Bekanntheit.

RIADH: Ich habe mich in den letzten zwei bis drei Jahren vor allem mit den negativen Auswirkungen der restriktiven EU-Grenzpolitik auf die nordafrikanischen Gesellschaften auseinandergesetzt.

Was machen die Menschen, die in Rabat oder Agadez blockiert sind?

CHRISTIE: Viele der Frauen haben verstanden, dass sie es nicht schaffen, über das Meer nach Europa zu kommen. Oft fehlen

AZIZ: In Niger war es auch möglich, kurzfristig ein Hin- und Rückflugticket zu kaufen, um an einer Familien- oder Trauerfeier in Frankreich teilzunehmen.

CHRISTIE: Es ist falsch zu denken, Afrika sei arm und deshalb wollten die jungen Leute bei einer etwaigen Öffnung der Grenzen massenhaft nach Europa gehen und dort bleiben. Wirklich falsch! Die afrikanische Jugend verlässt ihre Länder nicht für immer. Sie will vielmehr Geld und Wissen sammeln, um damit zurückzukehren und etwas aufzubauen. Es geht ihnen darum, ihren Familien ein besseres Leben zu ermöglichen. Ich denke, es wäre wichtig, die europäischen Politiker:innen für diese Perspektive zu sensibilisieren.

In den 60er, 70er und 80er Jahren war es problemlos möglich, ohne Visum von Tunesien nach Europa zu reisen. Damals verließen nur wenige das Land dauerhaft.

auch die finanziellen Mittel, weil der Kontakt zu dem schon bezahlten Schlepper verloren gegangen ist. Sie sehen dann keinen anderen Ausweg mehr, als sich bei der Internationalen Organisation für Migration (IOM) für die sogenannte freiwillige Rückkehr zu registrieren. Wer das tut, muss allerdings unterschreiben, dass er oder sie Marokko nie wieder betreten wird. Ich kann daher keine finanzielle Unterstützung durch die IOM beantragen. Denn die Möglichkeit, nach Marokko zu reisen, ist für meine berufliche Zukunft als Händlerin äußerst wichtig.

AZIZ: Ich denke auch, viele entscheiden sich zurückzukehren, um zu überleben, auch wenn eine Rückkehr oft als Schande empfunden wird. Denn Migration muss als kollektives Projekt betrachtet werden. Häufig ist die ganze Familie finanziell beteiligt, einige verkaufen sogar ihr Land.

RIADH: Genau das spielt auch in Europa eine große Rolle, weshalb die afrikanische Jugend in Europa bleibt. Früher hat man nur das Ticket für die Reise bezahlt und ist wieder zurückgegangen, wenn es keine Arbeit gab. Heute hingegen ist die Überfahrt nicht nur teuer, sondern auch lebensgefährlich.

Eine Öffnung der Grenzen würde den Menschen also eine problemlose Rückkehr und somit die zirkuläre Migration ermöglichen?

RIADH: Ja, es gibt viele Erfahrungen aus den 60er, 70er und 80er Jahren, in denen es ganz normal war, von Tunesien nach Europa zu reisen – auch ohne Visum. Damals haben nur wenige Menschen Tunesien dauerhaft verlassen.

Jenseits der Abschottungspolitik versucht die EU, über Visavergabe die Migration zu steuern. Wie bewertet ihr das?

CHRISTIE: Wenn du einen Visumantrag stellst, laden sie dich ein und geben dir eine Liste mit Papieren, die du einreichen musst. Du erfüllst die Liste und in der letzten Minute lehnen sie deinen Antrag ohne Erklärung ab. Bevor ich nach Rabat ging, habe ich zweimal versucht, ein Visum für Frankreich von der Elfenbeinküste aus zu bekommen.

RIADH: Ohne Arbeit kein Visum. Dieser Zusammenhang ist ein großes Problem. Für viele junge Menschen in Nordafrika ist es nicht möglich nachzuweisen, dass sie ein Einkommen haben.

CHRISTIE: Wenn keine Visa erteilt werden, sind die Migrant:innen gezwungen, über das Meer zu reisen. Ich bin auch nicht gekommen, um in Marokko zu leben.

RIADH: Die meisten werden depressiv, wenn sie das Visum nicht bekommen. Sie sind sehr enttäuscht, denn die Antragsstellung ist mit vielen Träumen verbunden. Die Enttäuschung macht oft wütend und beeinflusst die Stimmung der Leute. Deswegen setzen wir uns für ein Ende der aktuellen Visapolitik ein.

CHRISTIE: Ich denke auch, dass die Visafrage ein stärkerer Teil unserer politischen Kampagnen sein sollte.

Wie wäre es, wenn die Migrationspolitik der EU nicht über Abschottung lief, sondern über die Möglichkeit, via Warteliste ein Einreisevisum zu erhalten, je nach Qualifikation schneller oder langsamer?

RIADH: Ich bin gegen diese Programme, in denen gut ausgebildete junge Menschen nach Nordamerika oder Europa gehen. Denn so werden die Bestqualifizierten abgeworben, und darunter wiederum werden unsere eigenen Länder leiden.

AZIZ: Wenn wir über ausgewählte oder selektive Migration sprechen, kann dies tatsächlich zu einem Brain Drain führen. Wir wären damit einverstanden, wenn Gebildete aus unseren Ländern die Möglichkeit zur Weiterqualifizierung in Europa bekämen. Aber sie sollten irgendwann zurückgehen und ihre Kenntnisse für unsere Verwaltung und Wirtschaft einsetzen.

CHRISTIE: Ich glaube nicht, dass Akademiker:innen in der Elfenbeinküste, die eine gute Arbeit oder ein eigenes Unternehmen haben, sich so einfach abwerben lassen. Das ist ein Mythos der Europäer:innen. Lediglich diejenigen, die aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Krisen keine Arbeit finden, wollen migrieren, aber nur um sich weiterzuentwickeln. Später möchten auch sie zu ihren Familien zurückkehren. Es wäre also gut, wenn die Menschen die Möglichkeit hätten, für konkrete Projekte nach Europa zu migrieren. Die europäische Politik sollte mehr dafür tun, dass Migrant:innen Zugang zu Arbeitsangeboten und Ausbildung in Europa bekommen.

Welche weiteren Maßnahmen würdet ihr vorschlagen, um dem Ziel einer Bewegungsfreiheit für alle näher zu kommen?

RIADH: Besonders in unserer Gesellschaft in Tunesien brauchen wir einen neuen Diskurs. Die Menschen müssen die EU-Außengrenze endlich als Problem verstehen und spüren, dass wir in einer Art Gefängnis leben. Wir müssen aufhören zu sagen, dass es normal ist, dass unsere Grenzen geschlossen sind und uns somit unsere historische Verbundenheit mit dem Mittelmeerraum genommen wird. Es braucht Druck, damit unsere nordafrikanischen Regierungen ihre Politik gegenüber der EU verändern. Denn der Anstoß zur Veränderung wird nicht von europäischer Seite kommen.

AZIZ: Dazu gehört aber auch, dass wir die vorhandenen Reichtümer richtig verteilen. Wenn das der Fall ist, werden nur noch sehr wenige Menschen aus unserer Region Interesse daran haben, den Kontinent zu verlassen. Aktuell wird der lokalen Bevölkerung der Zugang zu den Bodenschätzen verwehrt, etwa zu den Goldminen. Diese Stätten sind hermetisch abgeriegelt, quasi wie innere Grenzen, während sich die großen internationalen Konzerne die Rohstoffe aneignen. Und zwar deshalb, weil unsere Regierungen wegschauen. Doch diese Regierungen wurden nicht gewählt, um ferngesteuert zu werden. Sie müssen vielmehr die versprochenen Ziele verfolgen, also das Elend und die fehlenden Perspektiven

für junge Menschen überwinden. Anstatt unsere Sicherheitskräfte die Grenzen überwachen zu lassen, sollten wir junge Menschen für die Arbeit in den Minen ausbilden.

CHRISTIE: Aus meiner Sicht braucht es Nichtregierungsorganisationen, um junge Menschen in Afrika zu sensibilisieren, vor allem müssen sie richtig über die Gefahren der Meerestüberquerung informiert werden. Sie müssen wissen, auf was sie sich einlassen und wie schlecht ihre Chancen sind. Es gibt viele Menschen, die bis nach Rabat kommen und es dann bereuen. Ich kenne das selbst, ich hatte auch keine richtige Vorstellung vom Mittelmeer, als ich vor 10 Jahren aufgebrochen bin.

RIADH: Ich glaube nicht, dass Sensibilisierung dabei hilft, Leute von der Migration abzuhalten. Es gibt viele Programme, die darauf ausgerichtet sind, Menschen in der Heimat zu halten. Selbst wenn wir als Migrant:innen über die Situation in Europa berichten, werden sie uns nicht glauben. Wir müssen Bewegungsfreiheit für alle ermöglichen. Die Leute werden nur in ihren Heimatländern bleiben, wenn sie die Möglichkeit haben, frei zu reisen.

TAHER: Genau, wir geben den Leuten verlässliche Informationen zur Durchquerung der Wüste, und wer weiterreisen will, hat die Freiheit, dies zu tun. Gleichzeitig bekommen wir hier viel Anerkennung für unserer Arbeit und wollen unsere Aktivitäten weiter ausbauen. Denn die Migration ist noch nicht vorbei. Jedes Mal, wenn wir auf den Routen unterwegs sind, finden wir Menschen, die sich verirrt haben. Und jedes Mal finden wir auch Leichen.

Wie sollten die vorhandenen Kräfte gebündelt werden, um die von euch benannten Ansätze und Forderungen für eine Verbesserung der Situation von Migrant:innen weiter voran zu bringen?

RIADH: In Nordafrika braucht es mehr gemeinsame Aktivitäten und Kontakte zwischen Migrant:innen aus Subsahara-Afrika und Nordafrikaner:innen. Denn Rassismus ist auch dort ein großes Problem. Zudem können wir die europäischen Grenzen nur verändern, wenn wir als Nordafrika und Subsahara-Afrika stärker zusammenrücken.

CHRISTIE: Mehr gemeinsame Proteste gegen Rassismus fände ich auch gut. Gerade, wenn man bedenkt, wie viele junge schwarze Menschen im Meer ihr Leben gelassen haben, insbesondere in den letzten Jahren.

AZIZ: Wie Riadh sagt, gilt es die Kräfte der Organisationen zu bündeln, die sich für die Bewegungsfreiheit einsetzen. Wir sollten eine gemeinsame Sprache sprechen in unseren Aktionen. Und ganz konkret brauchen wir endlich einen ehrlichen Dialog zwischen Regierenden und Regierten, national und international. Denn die Meinungen unserer Bevölkerungen dürfen nicht weiter ignoriert werden. ←

Luzolo lua toma

Interview: Bäuerliche Selbstorganisation

Der Kleinbauer und ausgebildete Lehrer Victor Nzuzi gehört zu den Gründer:innen von Afrique-Europe-Interact. Er lebt in der DR Kongo und gilt dort als einer der profiliertesten Globalisierungskritiker:innen. Wir sprachen mit Victor über ökologische Landwirtschaft und das aktuelle Projekt seiner Kooperative luzolo lua toma.

Victor, was hat es mit eurer Kooperative auf sich – woher kommt ihr und wohin wollt ihr?

Wir stehen schon lange in engem Austausch. 1999 haben wir einen gemeinnützigen Verein für den Aufbau einer ökologischen Landwirtschaft in unserer Gegend gegründet – einschließlich Weiterbildung. Mit der Zeit sind wir zum gemeinsamen Anbau übergegangen, dabei haben wir uns auf Mais und Erdnüsse spezialisiert. Irgendwann war es unumgänglich, im Rahmen unseres Vereins Kooperativen zu gründen, die sich wechselseitig unterstützen. Unsere Kooperative ist eine von zwei, sie heißt luzolo lua toma, was so viel bedeutet wie "Der Wille voranzukommen" bzw. "Der Wille, sich zu entwickeln". Wir sind 50 Personen aus 20 Haushalten und haben sowohl individuelle Felder, auf denen wir abwechselnd in Kleingruppen arbeiten, als auch ein gemeinsames Feld, das wir als Schulungsfeld benutzen. Auf letzterem setzen wir unsere praktischen Projekte um und führen außerdem unsere Versammlungen durch.

Und wie kommt euer ökologischer Anbau bei den Nachbar:innen an?

Viele Landwirt:innen benutzen im Gemüseanbau zahlreiche Pestizide, oft ohne Bewusstsein, wie giftig diese sind. Wir verwenden stattdessen Chili und Holzasche gegen Insekten. Langsam werden die Leute offener für unsere Herangehensweisen, auch weil sie miterleben mussten, wie Menschen durch Pestizide in Gemüse gestorben sind.

Eure aktuellen Aktivitäten, die auch von Afrique-Europe-Interact finanziell unterstützt werden, bestehen aus einem ganzen Maßnahmenbündel. Was habt ihr konkret vor?

Es geht zunächst um die Steigerung unserer Agrarproduktion. Wir wollen erstmalig 8 Hektar bebauen, die eine Hälfte mit Mais, die andere mit Soja und Maniok. Dabei sollen Mais und Soja nicht nur verkauft werden. Denn wir haben ein ernstes Problem mit unterernährten Kindern, sie sollen daher ebenfalls von diesen nährstoffreichen Pflanzen profitieren. In diesem Zusammenhang wollen wir außerdem Ma-

racuja- und Papayabäume pflanzen. Nicht nur zur Aufforstung gegen den Klimawandel, auch zur Aufklärung darüber, dass unsere Kinder durch unsere eigenen Früchte besser ernährt werden können als durch Vitaminspritzen von internationalen NGOs. In einem dritten Strang wollen wir unseren Gemüseanbau mittels Wassertanks und einer Pumpe erleichtern. Denn der nächste Fluss ist 100 Meter entfernt, sodass das Gießen während der Trockenzeit eine äußerst anstrengende Angelegenheit darstellt. Ein vierter Baustein besteht aus einer Sensibilisierungskampagne gegen die gefährlichen Buschfeuer. Sie werden von Kindern gelegt, die Ratten jagen, deren Fleisch dann in den Familien verzehrt wird. Wir versuchen, den Familien nahezubringen, stattdessen eine Kaninchen- oder Meerschweinchenzucht aufzubauen – auch dieses Fleisch ist äußerst wohlschmeckend und proteinreich. Die Kinder können sich um die Tiere kümmern und sie mit Unkraut füttern. Mit einem eigenen Kleintierterrain wollen wir unsere Aufklärungsarbeit begleiten. Hierzu gehört auch, die gezüchteten Tiere in unseren Dörfern weiterzugeben.

Welche Visionen hast du für die Zukunft? Wie stehst du zur Frage einer niedrigschwelligen Mechanisierung eurer Landwirtschaft?

Mechanisierung steht für mich nicht für nachhaltige Landwirtschaft, sondern für Industrialisierung. Eine zukunftstaugliche Praxis sehe ich eher im weitflächigen Einsatz von Rindergespanssen. Denn diese machen die bäuerlichen Haushalte unabhängig, weil sie ohne teures Benzin auskommen und obendrein eine Abkehr von fossiler Energie darstellen. Bis jetzt gibt es nur wenig Rindergespansse in unserer Region. Jenseits davon sehe ich unsere Zukunft eher mit Sorge. Seit letztem Jahr gibt es die kontinentale afrikanische Freihandelszone. Sie bedeutet, dass Großinvestoren Land aufkaufen und die lokalen Bauern und Bäuerinnen verdrängen. Wir sollten daher die krankmachenden Produkte der Agroindustrie anprangern und stattdessen die Forderung nach einer Vorzugsbehandlung lokaler Produkte ins Zentrum zu rücken. Insofern geht es in den nächsten Jahren um eine starke bäuerliche Organisation, mit der wir uns all diesen Herausforderungen stellen können. Eine hilfreiche Vision wäre für mich, dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft als Beruf ernst genommen wird, der die Menschen ernähren kann und die Zukunft absichert. Das ist in der DR Kongo heute leider nicht der Fall. ←



Neubau einer Hütte im Künstler:innendorf Kurukan Fuwa, 2017 [Foto: Julia Daiber]

3000 Bäume gepflanzt

Interview: Ökologische Landwirtschaft statt Klimawandel

Gbassycolo und Minko sind Gründungsmitglieder des transnationalen Netzwerks Afrique-Europe-Interact und Initiatoren des ökologischen Künstler:innendorfs Kurukan Fuwa in Guinea. Im Interview sprechen sie über die Herausforderungen der ökologischen Selbstversorgung in Zeiten des Klimawandels.

Vor sechs Jahren habt Ihr zusammen mit anderen Aktivist:innen das ökologische Künstlerdorf Kurukan Fuwa gegründet. Wie ist die Idee dazu entstanden?

GBASSYCOLO: Wir sind Teil eines Künstler:innenkollektives, das Faso Kele heißt. Faso Kele bedeutet Kinder einer Erde. Wir sind Musiker:innen und Handwerker:innen aus verschiedenen Ländern Westafrikas. Seit der Gründung von Afrique-Europe-Interact haben wir zahlreiche Kämpfe für eine gerechtere und solidarische Welt geführt. Dabei haben wir gelernt, wie schwierig es ist, die Welt zu verändern. Um nach und nach eine andere Gesellschaft herbeizuführen, brauchen wir einen Ort, an dem wir eine Alternative zum Kapitalismus leben können. Ein Ort, an dem Bildung und Denken für eine bessere Welt stattfindet. Mit unserem Dorf wollen wir einen solchen Ort schaffen. Dabei spielt für uns eine gesunde und saubere Umwelt eine wichtige Rolle. Von Anfang an haben wir uns sehr mit dem Schutz der Umwelt beschäftigt und auch mit der Frage der Selbstversorgung.

Was bedeutet Selbstversorgung für Euch konkret?

GBASSYCOLO: Wir wollen uns nicht vom Weltmarkt abhängig machen. Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln bedeutet für eine Gemeinschaft, unabhängig zu sein. Aus diesem Grund haben wir beschlossen, ein großes Stück Land zu kaufen, um alles, was wir essen, anzubauen. Dazu gehört auch das Pflanzen von Bäumen und das Anlegen eines botanischen Gartens, mit Obst- und Heilbäumen. Unser Ziel ist es, eines Tages ein Gesundheitszentrum, eine Samenbank für unsere Landwirtschaft und eine Bildungsschule hier für unsere Gemeinschaft zu haben, um auch für zukünftige Generationen einen Beitrag zu leisten.

Euer Ziel ist also, unabhängig zu sein. Wie funktioniert Unabhängigkeit in einer globalen Welt? Seid Ihr auch auf Kooperationen angewiesen?

GBASSYCOLO: Unser Ziel ist zwar die Unabhängigkeit unserer Gemeinschaft, aber Austausch ist uns sehr wichtig. Auch um unsere Ideen weiterzutragen. So haben etwa einige Frauen aus unserem Dorf ein Bio-Landwirtschafts-Projekt gestartet, bei

dem sie mit Frauen aus den Nachbardörfern zusammenarbeiten. Es geht darum, Erdnüsse zu Erdnusspaste weiterzuverarbeiten und direkt zu vermarkten. Der Gewinn kommt dann den Frauen und damit den Dorfgemeinschaften zugute. Gleichzeitig stärkt es den Austausch mit den anderen Dörfern. Im Kontakt mit den Nachbardörfern versuchen wir diese auch für Themen wie Umweltschutz und nachhaltige, Subsistenz sichernde Anbaumethoden zu sensibilisieren.

MINKO: Ein anderes Beispiel ist unsere Zusammenarbeit mit dem Amt für Wasser und Forstwirtschaft im Zusammenhang mit der Wiederaufforstung. In Zusammenarbeit mit dieser lokalen Behörde des guineischen Umweltministeriums haben wir uns letztes Jahr an einem Aufforstungsprojekt beteiligt und über 3.000 Bäume hier in der Gegend gepflanzt. In dem Wiederaufforstungsprogramm wurden ursprünglich Bäume angepflanzt, die keine Früchte tragen. Wir haben ihnen vorgeschlagen, Obstbäume zu verwenden, die in Zukunft nicht nur Schatten spenden und Sauerstoff liefern, sondern auch die Menschen vor Ort ernähren.

Ihr arbeitet also auch mit staatlichen Stellen zusammen. Am 5. September 2021 ist Oberst Mamady Doumbouya durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen. Wie bewertet Ihr die aktuelle politische Situation in Guinea?

GBASSYCOLO: Die Stimmung im Land ist Doumbouya gegenüber im allgemein eher positiv und hoffnungsvoll eingestellt. Unbestritten ist, dass es unserem Land vorher gar nicht gut ging. Deswegen begrüßen viele den Wandel. In den ersten Monaten seit der Machtübernahme ist Doumbouya bekannt geworden durch konkrete Taten mehr als durch große Worte, womit er sich von der Mehrzahl afrikanischer Politiker:innen klar abhebt und wofür ich ihn sehr schätze. Wir befinden uns in einer Übergangszeit, aber alles im Land scheint gut geregelt, sogar die mit Korruption verbundenen Straßensperren haben aufgehört. Die Menschen hoffen, dass Doumbouya seine Macht nach einer Übergangszeit von 4-5 Jahren in zivile Hände übergibt.

Wie weit seid Ihr auf dem Weg zur ökologischen Selbstversorgung?

GBASSYCOLO: Das ist alles andere als einfach. Die Böden, auf denen wir anbauen, sind durch den langjährigen Plantagenanbau aus der Kolonialzeit belastet und ausgelaugt. Wir probieren jetzt neue Anbaumethoden aus, lassen die Böden ruhen. Aber selbst nach fünf Jahren ist es nicht einfach, gute Ernten einzufahren. Zum ökologischen Düngen würden wir gerne

Hühnerkot verwenden. Den müssen wir aber dazu kaufen und das können wir uns nicht leisten. Ein anderes Beispiel, was nicht nur uns betrifft: Hier wird überall Reis angebaut, aber es gibt keine Maschinen, um den Reis zu schälen. So sind die Menschen gezwungen, den Reis an Händler:innen zu niedrigen Preisen zu verkaufen. Die Händler:innen verarbeiten den Reis dann und verkaufen ihn mit Gewinn in Conakry weiter. Für die Zukunft wünschen wir uns daher Maschinen zur Verarbeitung von Erdnüssen sowie von Reis.

MINKO: Wenn wir über Selbstversorgung und die Vermarktung unserer Produkte reden, sollten wir nicht vergessen, dass wir in einer Welt leben, die von extrem ungerechten Handelsbeziehungen geprägt ist. Durch die WTO wird der so genannte Freihandel propagiert. Aber für uns ist es eher ein kolonialer Austausch. Während multinationale Konzerne hier auf Monokulturen Exportfrüchte anbauen, zum Beispiel Ananas, und dabei Pestizide in die Böden einbringen und die Biodiversität zerstören, ist es für uns nahezu unmöglich, unsere Produkte zu verkaufen. Diese Logik des Kapitalismus zerstört die Umwelt genauso wie die Möglichkeiten zu lokaler Selbstversorgung. Gleichzeitig wird dadurch der Klimawandel beschleunigt, der unsere Lebensgrundlage gefährdet.

Welle Rolle spielt der Klimawandel bei Eurer Arbeit?

GBASSYCOLO: Der Klimawandel ist schon da. Die Menschen in Guinea sind gezwungen, damit umzugehen. Aus unserer Sicht kann unser Dorf eine lokale Lösung für die globale Unordnung sein. Das betrifft nicht nur den Klimawandel oder ungerechte Handelsbeziehungen, sondern auch die Frage der Migration: Neben unseren ökologischen Anbaumethoden, die Umwelt und Böden schonen, versuchen wir, diese Idee und unser Wissen weiterzutragen. Für 2022 haben wir uns ein großes Umweltbildungs- und Sensibilisierungsprojekt vorgenommen. Die Frage der Migration hängt direkt damit zusammen. Jeder sollte das Recht haben, dorthin zu gehen, wohin er will. Genauso sollte jeder das Recht haben, in seiner Heimat zu bleiben – mit dem Recht auf Gesundheit, Bildung, Nahrung und allem, was dazugehört. Das heißt aber auch, dass diejenigen, die sich entschieden haben zu bleiben, Möglichkeiten brauchen, für sich zu sorgen und ein gesundes Leben zu führen. Ohne eine intakte Umwelt ist dies nicht möglich. Wir versuchen mit unserem Ansatz also Alternativen zur Landflucht und zur Migration zu schaffen. Ohne zu sagen, Migration soll nicht stattfinden. Sie sollte aber nicht aus der Verzweiflung und Not heraus geschehen. ←

Kleinbäuerliche Landwirtschaft zu schützen, ist nicht nur gut für die Bauern und Bäuerinnen. Auch das Klima profitiert von humusreicheren Böden, die mehr CO2 absorbieren.



Feldarbeit im Künstler:innendorf Kurukan Fuwa, 2017 [Foto: Julia Daiber]



Viehwirtschaft ist im Sahel einer der wichtigsten Wirtschaftszweige. Gleichzeitig kommt es immer wieder zu Konflikten, insbesondere, weil Weideland, Wasserstellen und Durchzugswege durch neu erschlossene Ackerflächen ersatzlos wegfallen, Mali (2018). [Foto: Afrique-Europe-Interact]

“Die Lage ist widersprüchlich”

Interview: Alassane Dicko zur Gewalteskalation im Sahel

Wenn es um die Vielfachkrise in Mali geht, spitzt sich die Debatte in Deutschland immer wieder auf die Frage zu, ob sich die Bundeswehr weiterhin an der UN-Friedensmission MINUSMA sowie an verschiedenen Ausbildungsmissionen für malische Sicherheitskräfte beteiligen soll. Wir haben daher Alassane Dicko von der malischen Sektion von Afrique-Europe-Interact nach den politischen und sozialen Hintergründen der Gewalteskalation in Mali gefragt.

Nicht nur in Mali, auch in Burkina Faso und Niger ist das Konfliktgeschehen für Außenstehende schwer zu durchschauen. Gibt es bestimmte Problematiken, die überall eine wichtige Rolle spielen?

Ja, am wichtigsten dürfte die systematische Benachteiligung der Landbevölkerung sein – je weiter weg von der Hauptstadt, desto gravierender, insbesondere in den jeweiligen Grenzregionen. Oder anders formuliert: Die Freiheits- und Entwicklungsversprechen der Unabhängigkeitsepoche wurden zu keinem Zeitpunkt eingelöst. Die aktuellen Konflikte sind insofern auch Ausdruck eines gewissen Windes der Veränderung.

Was meinst du mit "Wind der Veränderung" und wie hängt das mit dem allgemeinen Konfliktgeschehen zusammen?

Die Menschen in den abgelegenen Gebieten bekommen den Staat vor allem dann zu Gesicht, wenn er Steuern eintreibt oder Wahlen abhält. In Notlagen oder bei Anschlägen bleibt er hingegen untätig, obwohl die Menschen dringend um Schutz vor den Angriffen radikaler Islamisten bzw. Dschihadisten bitten oder um Unterstützung bei Hungersnöten. Letztere haben auch damit zu tun, dass die Dschihadisten Dörfer belagern und so verhindern, dass die Bauern und Bäuerinnen ihre Felder bestellen. In den letzten Jahrzehnten haben sich die Menschen immer wieder gegen ihre Regierungen gewehrt, doch sie wurden regelmäßig enttäuscht: Korruption, Vertreibung, Gewalt, Straflosigkeit und klientelistische Verteilung von Verwaltungsposten gingen weiter. Und auch die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds während der Verschuldungskrise in den 1980er und 1990er Jahren haben tiefe Spuren hinterlassen. Umso wichtiger ist es, dass in jüngerer Zeit die Proteste wieder zunehmen. Vor allem junge Leute wollen sich nicht mehr mit der allgemeinen Situation abfinden, aber leider äußern sich diese Proteste häufig gewalttätig. Denn insbesondere auf dem Land greifen Dschihadisten die Forderungen der Bevölkerung auf und suchen die Zusammenarbeit.

Das hört sich verwirrend an: Einerseits bittet die Bevölkerung den Staat um

Schutz vor Dschihadisten, andererseits kooperiert sie mit ihnen...

In der Tat, die Lage ist widersprüchlich, das hat mit der Strategie dschihadistischer Gruppierungen zu tun: Sie bieten jungen Männern ein Gehalt und eine Art Aufstiegsgarantie an, indem sie zum "heiligen Krieg" gegen in- und ausländisches Militär sowie gegen lokale Repräsentant:innen des Staates aufrufen, darunter Politiker:innen, Angestellte des Staates, religiöse und traditionelle Führer etc. Doch dieses Angebot richtet sich vor allem an bestimmte Bevölkerungsgruppen, unter anderen die der Tuareg und Peulh. Beide sind stark in der Viehwirtschaft tätig und beide wurden in den letzten Jahrzehnten immer wieder benachteiligt – vor allem, indem Weideland ersatzlos in Ackerland umgewandelt wurde. Zugespitzt: Tuareg und Peulh verschaffen sich mit Hilfe von Dschihadisten eine bessere Position in der Konkurrenz um Land- und Wasserressourcen – zumindest die, die sich auf eine Zusammenarbeit einlassen. Gleichzeitig ziehen viele Menschen die von den Dschihadisten praktizierte Gerichtsbarkeit den staatlichen Gerichten vor, wo Bestechlichkeit der Richter:innen gang und gäbe ist.

Bedeutet letzteres, dass sich im Alltag der radikale Islam immer stärker durchzusetzen droht?

Ja, leider. Die dschihadistische Ideologie überschneidet sich mit etlichen antkolonialen und emanzipatorischen Ideen, das war schon zu Beginn der kolonialen Herrschaft im 19. Jahrhundert so. Sie stößt deshalb bei den ländlichen Massen und den jungen Arbeitslosen in den Städten auf großen Anklang. Vor allem auf dem Land fühlen sich die Menschen vom Staat im Stich gelassen und arrangieren sich deshalb mit den Dschihadisten. Das heißt, sie ordnen sich unter, um halbwegs unbehelligt weiterleben zu können – teils aus Überzeugung, teils aus Fatalismus.

Was müsste deines Erachtens geschehen, um dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen?

Ich möchte mich auf drei kurze Antworten beschränken: Erstens müssen die Menschen auf regionaler Ebene stärker an der Regierung und Verwaltung beteiligt werden. Eine Dezentralisierung der Macht ist unumgänglich – diese darf nicht in der Hauptstadt gebündelt sein. Zweitens muss den dschihadistischen Gruppen militärisch Einhalt geboten werden, denn freiwillig werden diese das Feld nicht räumen. Und das wiederum wird nur mit Unterstützung ausländischer Truppen gehen, insbeson-

dere der UN-Friedensmission MINUSMA. Drittens müssen die sozialen Basisdienstleistungen gestärkt werden, nur so kann der Staat bei der Bevölkerung Vertrauen gewinnen.

Ist das deine persönliche Überzeugung oder wird diese Position von vielen Menschen geteilt? Wir fragen, weil es in den letzten Jahren immer wieder heftige Proteste gegen ausländische Truppen gab.

Klar, die Meinungen sind gespalten. Doch die heftige Kritik betrifft fast ausschließlich das französische Militär, was auch mit der Geschichte des Kolonialismus zusammenhängt. Eine Beteiligung der UN-Friedensmission MINUSMA wird vor allem in ländlichen Gebieten gefordert. Nicht nur, damit die malische Armee gestärkt wird, sondern auch, um exzessive Gewalt und Menschenrechtsverletzungen durch die malische Armee zu verhindern.

Es wirkt eigenartig: Die malische Armee ist nicht sonderlich schlagkräftig, außerdem werden ihr regelmäßig Menschenrechtsverletzungen vorgehalten. Dennoch zeigen sich in Umfragen über 90 Prozent der Bevölkerung zufrieden mit der Armee. Woran liegt das?

In Mali wird die Armee als Symbol der nationalen Souveränität wahrgenommen. Außerdem hat sich die Armee historisch immer wieder auf die Seite der Bevölkerung geschlagen, vor allem 1991, als ein von der Armee unterstützter Volksaufstand die über 20-jährige Diktatur von Moussa Traoré beendet hat. Das ist auch der Grund, weshalb die letzten beiden Putsche 2020 und 2021 von großen Teilen der Bevölkerung begrüßt wurden – beide Male in der Hoffnung, dass sich endlich etwas ändern möge.

Und doch wird die aktuelle Übergangsregierung mit dem Militär Assimi Goïta an der Spitze stark kritisiert.

Richtig, die Bevölkerung ist nicht grundsätzlich gegen die Übergangsregierung, sie kritisiert aber, dass die Regierung ihre Hausaufgaben bislang nicht gemacht hat, während sich die Krise im Zentrum des Landes kontinuierlich zuspitzt. Es passt daher, dass sich insbesondere die wichtigen religiösen Führer immer größerer Beliebtheit erfreuen. Beispielsweise Chérif Ousmane Haidara, der Kopf einer Wohlfahrtsorganisation mit über zwei Millionen Mitgliedern. Er hat bereits Anfang 2021 angekündigt, dass für ihn und seine Bewegung nunmehr der Punkt gekommen sei, sich aktiv am Aufbau eines neuen Malis zu beteiligen. Dies zeigt: Die religiösen Akteure möchten zukünftig die erste Geige spielen – das finde ich besorgniserregend, auch als Muslim. ←

THEATER-TIP

Riadh Ben Ammar – Aktivist bei Afrique-Europe-Interact und Theaterschauspieler – bietet Theateraufführungen an. Sein aktuelles Stück heißt „Die Falle“ und ist eine Geschichte über die geschlossenen EU-Außengrenzen und ihre Missverständnisse: Man kann nicht an der Küste leben, ohne die andere Seite wenigstens einmal gesehen zu haben. Die jungen Leute, die es schaffen, in Europa zu landen, versuchen alles, um nicht wieder mit leeren Händen zurückzukehren. Illegalität, Kriminalität und die ständige Angst, abgeschoben zu werden, sind ihr Alltag.

Riadh präsentiert seine Theaterstücke nicht nur auf Theaterbühnen, sondern auch in Parks und Hinterhöfen, vor Schulklassen oder auf Festivals, Kundgebungen und Konferenzen – pandemiebedingt sind auch online-Auftritte dazugekommen.

Er freut sich über Einladungen und Anfragen per Mail an:

theaterfuerbewegungsfreiheit@gmail.com

FILM-TIP

Richard Fouofié Djimeli ist Geflüchteter aus Kamerun und Aktivist. Er arbeitet als Schauspieler und Filmemacher. Sein jüngster Film heißt „Die vergessenen Migrant:innen“. Es geht um zirkuläre Migration in Westafrika. Dafür hat Richard in Mali einen Fischer, einen Markthändler, einen Bauer und eine Aktivistin begleitet. Kontakt für Filmvorführungen & -gespräche: **info@afrique-europe-interact.net**

BUCH-TIP

Olaf Bernau ist aktiv bei Afrique-Europe-Interact. Am 17.03.2022 erscheint bei C.H.Beck sein Buch "Brennpunkt Westafrika. Die Fluchtursachen und was Europa tun sollte" (ca. 320 Seiten, 18 Euro). Das Buch ist eine Mischung aus wissenschaftlicher Betrachtung und journalistischer Beschreibung, es greift an vielen Punkten Erfahrungen auf, die mit unserem Netzwerk zusammenhängen. Kontakt für Lesungen oder Veranstaltungen zu einzelnen Themen des Buches: **www.olafbernaue.de**

ÜBER DAS NETZWERK

Afrique-Europe-Interact (AEI) ist ein kleines, transnational organisiertes Netzwerk, das Ende 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind Basisaktivist*innen unter anderem in Mali, Burkina Faso, Togo, Niger, Guinea, Tunesien, Marokko, Deutschland, Österreich und den Niederlanden – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Flüchtlinge, Migrant*innen und Abgeschobene. AEI kritisiert die repressive EU-Migrationspolitik, gleichzeitig sollen die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration und somit die Forderung nach gerechter bzw. selbstbestimmter Entwicklung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden. Grundsätzlich ist AEI gleichermaßen in Afrika und Europa aktiv. Wo es passt, arbeiten wir auch gerne in Bündnissen.

WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET

TWITTER: @AE_INTERACT

FACEBOOK: AFRIQUE EUROPE INTERACT

MAIL: INFO@AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET VGL. ZUDEM WEBSEITE

TELEFON: +49 (0) 151 / 525 27 776

IMPRESSUM & INFOS

Redaktion: Olaf Bernau, Fiona Faye, Dorette Führer, Moritz Galen, Leonie Jantzer, Phillip Koller, Nora Palm

Bestellung: Wir schicken auf Anfrage gern Exemplare dieser Zeitung zu.

Beilage: taz, analyse & kritik und Jungle World

Newsletter: Wir veröffentlichen ein- bis zweimal pro Monat einen Newsletter. Bei Interesse bitte über unsere Mailadresse bestellen.

Veranstaltungen: Bei Interesse gerne an uns herantreten.

V.I.S.D.P.: Volker Mörchen, Hardenbergstr. 52/54, 28201 Bremen

Förderung: Die Arbeit von AEI bzw. diese Zeitung wird unterstützt von:

Rewegungs-
stiftung
Anstöße für soziale Bewegungen

SPENDEN & SOLIDARITÄT

Afrique-Europe-Interact ist für seine Arbeit auf regelmäßige Spenden angewiesen – ob als monatlicher Dauerauftrag oder einmalige Unterstützung! Dabei können Spenden konkreten Projekten zugedacht werden (ggf. bitte angeben) oder 'ungebunden' unsere gesamte Arbeit unterstützen. Praktischer sind für uns ungebundene Spenden, einfach deshalb, weil sie uns mehr Flexibilität geben, auf unerwartete Finanzbedarfe zu reagieren.

Derzeit sammeln wir für folgende Aktivitäten Spendengelder: **Erstens** für das Alarmphone Sahara (Niger, Mali und Togo) und andere Aktivitäten im Bereich Migration (u.a. in Tunesien); **zweitens** für unsere Aktivitäten im Bereich bäuerlicher Selbstorganisation in Mali und der DR Kongo; **drittens** für die Unterstützung des sozialen Zentrums von Afrique-Europe-Interact in Bamako; **viertens** für das Rasthaus für Frauen und ihre Kinder in Rabat (Marokko); **fünftens** für das ökologische Künstler:innendorf in Guinea; **sechstens** für Projekte im Bereich selbstbestimmter Entwicklung (u.a. ein Frauenprojekt zur Verarbeitung von Lebensmitteln in Bamako); **siebtens** für unsere Aktivitäten gegen die Langzeitdiktaturen in Togo und Kamerun; und **achtens** für unsere Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit in Europa. Ein Hinweis noch: Die meiste Arbeit bei Afrique-Europe-Interact erfolgt ehrenamtlich. Lediglich in Marokko, Mali und Niger bezahlen wir an 15 bis 20 Personen kleine Gehälter, Aufwandsentschädigungen oder Tagespauschalen.

Spenden sind steuerlich absetzbar! (bitte Adresse mitteilen)

Unsere Kontoverbindung (alternativ: online per Lastschriftinzug)

Name Globale Gerechtigkeit e.V.
Bank GLS Gemeinschaftsbank
IBAN DE67 4306 0967 2032 2373 00
BIC GENODEM1GLS